

Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Migration

Sitzungstermin: Mittwoch, 15.03.2023
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:00 Uhr
Sitzungsort: Sitzungssaal der Bürgerschaft, Rathaus, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

Anwesend

Vorsitz

Jutta Reinders DIE LINKE.PARTEI

reguläre Mitglieder

May-Britt Krüger CDU/UFR
Lajos Orban DIE LINKE.PARTEI
Steffi Manske SPD
Reinhard Knisch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frank-Egon Naß BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Michael Weu FDP
Stefan Treichel fraktionslos

Stellvertreter

Uwe Michaelis SPD Vertretung für: Ralf Mucha
Constance Reinhold CDU/UFR Vertretung für: Daniel Peters
Ingrid Köpke Rostocker Bund Vertretung für: Roger Schmidt

Abwesend

Vorsitz

Ralf Mucha SPD entschuldigt

reguläre Mitglieder

Daniel Peters CDU/UFR entschuldigt
Roger Schmidt Rostocker Bund entschuldigt

Gäste:

Seniorenbeirat
Bürger

Verwaltung:

Herr Senator Bockhahn
Frau Leese – Amt für Soziales und Teilhabe
Frau Dr. Wrociszewski - Gesundheitsamt

Tagesordnung**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.02.2023
- 4 Anträge
- 4.1 Vorsitzende der Fraktionen Rostocker Bund, DIE LINKE.PARTEI, CDU/UFR, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD **2023/AN/4109**
Jugendschutzhütte im Stadtteil Reutershagen ungeändert beschlossen
- 4.1.1 Jugendschutzhütte im Stadtteil Reutershagen **2023/AN/4109-01 (SN)**
zur Kenntnis gegeben
- 5 Beschlussvorlagen
- 6 Informationsvorlagen
- 6.1 Informationen zur Versorgungssituation von Kindern/Jugendlichen mit psychischen Störungen **2023/IV/4087**
zur Kenntnis gegeben
- 6.2 Informationen zur Pflegesozialplanung - Einbindung in den Ausschuss **2023/IV/4127**
zur Kenntnis gegeben
- 6.3 Statistische Entwicklung zum Personenkreis der AsylbewerberInnen und Geflüchteten **2023/IV/4122**
zur Kenntnis gegeben
- 7 Verschiedenes
- 7.1 Aktuelle Flüchtlingssituation

- 7.2 Anfragen der Ausschussmitglieder und Informationen der
Verwaltungsvertreter
- 7.3 Tagesordnung für die Sitzung am 12.04.2023
- 8 Schließen der Sitzung

Nichtöffentlicher Teil

- 9 Verschiedenes

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Frau Reinders eröffnet die Sitzung. Die stellv. Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Es sind 11 Mitglieder anwesend.

Den Ausschussmitgliedern ist die Tagesordnung am 07.03.2023 per Mail zugegangen. Die öffentliche Bekanntmachung erfolgte fristgerecht durch Veröffentlichung im Internet.

Frau Reinders begrüßt die Gäste.

2 Änderung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.02.2023

Innerhalb der Frist sind zwei Einwände eingegangen.

Es soll unter TOP 7.1 ergänzt werden:

Aufgrund des WoftG würden die Träger von Beratungsstellen im Vergleich zu den Vorjahren künftig unterfinanziert sein. Das sei in Rostock kein akzeptabler Zustand. In anderen Landesteilen würden aufgrund der Notwendigkeit einer arbeitsfähigen Beratung Finanzierungsmodelle erarbeitet. Menschen mit Suchtproblemen sollten außerdem die Möglichkeit erhalten - auch vor allem aufgrund ihrer Anonymität - außerhalb von Rostock Beratungsstellen nutzen zu können sowie auch umgekehrt. Vertraglich wäre solche Variante lösbar. Die Fraktionen sollten sich bitte mit dieser Thematik auseinandersetzen und im Interesse der Menschen Entscheidungen treffen, schlägt Frau Reinders vor.

Unter TOP 7.2 soll in Absatz 2 nach Satz 1 ergänzt werden:
Auf Nachfrage erklärt Senator Bockhahn, dass im Containerdorf keine Kinder untergebracht werden.

Anmerkungen Herr Senator Bockhahn:
Ergänzt werden muss dann auch, dass ebenfalls ausgeführt wurde, dass nach Einzelfallbeurteilung und auf Wunsch von Familien diese mit ihren Kindern dort auch untergebracht werden.

Die Niederschrift wird mit diesen Ergänzungen mehrheitlich bestätigt.

4 Anträge

4.1 Vorsitzende der Fraktionen Rostocker Bund, DIE LINKE.PARTEI, CDU/UFR, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD 2023/AN/4109

Jugendschutzhütte im Stadtteil Reutershagen

Auch die Jugendlichen und der Ortsbeirat wurden in den Vorgang eingebunden, wird aus den Ausschussreihen auf Nachfrage informiert.

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die Einstellung von Mitteln zur Errichtung einer Jugendschutzhütte im Stadtteil Reutershagen in den Doppelhaushalt 2024/2025 zu prüfen.

Abstimmung:

Dafür:	11
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	X
Abgelehnt	

4.1.1 Jugendschutzhütte im Stadtteil Reutershagen 2023/AN/4109-01 (SN)

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

5 Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen vor.

6 Informationsvorlagen

6.1 Informationen zur Versorgungssituation von Kindern/Jugendlichen mit psychischen Störungen

2023/IV/4087

Nachfrage zum Zusammenhang einer Vernetzung mit der Abteilung des Zahnärztlichen Dienstes. Hier ist die Verknüpfung, dass die Schulzahnärzte das Projekt bei den Schülern bekanntmachen.

Die Nachfrage zu den Schwierigkeiten bei der Einrichtung eines kinder- und jugendpsychiatrischen Dienstes im Gesundheitsamt wird mit der äußerst schwierigen Stellenbesetzung aufgrund des Fachkräftemangels im Gesundheitsdienst beantwortet. Eine niederschwellige Anlaufstelle wäre wünschenswert.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

6.2 Informationen zur Pflegesozialplanung - Einbindung in den Ausschuss

2023/IV/4127

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

6.3 Statistische Entwicklung zum Personenkreis der AsylbewerberInnen und Geflüchteten

2023/IV/4122

Nachfrage zu Erkenntnissen über Fehlbelegungen in Unterkünften. Derzeit nur händische Auszählung möglich, die aufgrund der personellen Situation nicht möglich ist. Eine entsprechende Statistikabfrage ist im Aufbau und wird zeitnah übergeben.

Ein rasanter Fallanstieg ist zu verzeichnen.

Es soll auch zeitnah geprüft werden, wie hoch die Aussicht auf eine Anerkennung ist, wird auf eine Anfrage geantwortet.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

7 Verschiedenes

7.1 Aktuelle Flüchtlingssituation

Die Errichtung einer Notunterkunft in einer Sporthalle, in der kein Schulsport stattfindet, ist in Prüfung. Die Anmietung eines Wohnschiffes ist ebenfalls in Prüfung.

Über die Kostenübernahme des Landes wird erst nach Vorlage eines Vertragsentwurfes entschieden.

Ein weiteres Containerdorf mit einer Kapazität von bis zu 300 Plätzen soll errichtet werden, derzeit erfolgt die Standortprüfung.

Alle zur Verfügung stehenden Immobilien sollen geprüft werden.

Nachfrage zu weiteren Unterbringungsmöglichkeiten bei weiteren Zuzügen.

Die HRO hat die Pflicht aufzunehmen, solange aufzunehmen ist. Der wird die Stadt nachkommen, äußert die Verwaltung.

Zwischenzeitlich kann auch die Unterbringung in weiteren Sporthallen notwendig werden.

Die HanseMesse steht derzeit überhaupt nicht zur Debatte. Eine Beschlagnahme erfolgt nicht, da zunächst kommunale Immobilien zu nutzen sind. Der Eingriff wäre unverhältnismäßig.

Es gibt keine definierte Obergrenze für Kommunen, informiert die Verwaltung.

In M-V ist man in einer komfortablen Situation, da das Land die Kosten übernimmt.

Unterbringungskapazitäten sind mit Vorausschau zu schaffen.

Zu Rückführungen kann keine Auskunft gegeben werden, da für melderechtliche Fragen ein anderer Senatsbereich und hier das Stadtamt zuständig ist.

Auch im Stadtamt gibt es große Bemühungen, die Verfahren schnellstmöglich umzusetzen.

Große Unterstützung aus der Bevölkerung wird der Verwaltung entgegengebracht. Viele Menschen geben Hinweise auf weitere Immobilien oder freie Grundstücke.

Herr Senator Bockhahn hatte bereits Kontakt zur Interessengemeinschaft Osthafen, antwortet er auf eine Nachfrage.

Auf Nachfrage zum Schutzkonzept wird berichtet, dass diese bei den Trägern nach SGB VIII vorliegen. Gewaltschutzkonzepte für Gemeinschaftsunterkünfte liegen vor, Standards des Kinderhilfswerks UNICEF sind darin berücksichtigt.

Schutz ist in allen Einrichtungen gegeben, die Mitarbeiter der sozialen Betreuung stehen jederzeit zur Verfügung. Ein gesondertes Angebot aus dem SGB VIII-Bereich soll es geben.

Die Integrationsbeauftragte ist eng mit Trägern und Institutionen verzahnt.

7.2 Anfragen der Ausschussmitglieder und Informationen der Verwaltungsvertreter

Nachfrage zur Schließung des Sozialkaufhaus der Stadtmission in Lütten Klein.

Die Kündigung des Mietvertrages ist der Verwaltung erst kürzlich bekanntgeworden, berichtet die Verwaltung.

Das Sozialkaufhaus sollte erhalten bleiben, jedoch hat die Verwaltung hier keine Möglichkeit der Einflussnahme. Sie unterstützt jedoch bei der Immobiliensuche.

Einwand: siehe Protokoll (TOP 3) der Sitzung am 12.04.2023

Nachfrage zur Nachfolge der Leitung des Gesundheitsamtes. Derzeit wird das Amt in Verwaltungsangelegenheiten von Frau Mühlberg und in medizinischen von Frau Dr. Neuber geleitet. Die erste Ausschreibung ist erfolglos geblieben, ein zweiter Versuch läuft derzeit.

Themenvorschläge für kommende Sitzungen

- Aktueller Stand Wohngeldreform (30.08.2023, 04.10.2023, Januar 2024)

- Strategieplanung des Bereiches Asyl und Integration für die nächsten Jahre

7.3 Tagesordnung für die Sitzung am 12.04.2023

- Infovorlage Aktueller Stand Wohngeldreform

- Infovorlage Beratungsstelle queere Erwachsene

- Aktuelle Flüchtlingssituation
- Anfragen der Ausschussmitglieder und Informationen der Verwaltungsvertreter
- Tagesordnung für die Sitzung am 17.05.2023

8 Schließen der Sitzung

Die öffentliche Sitzung wird um 17:45 Uhr geschlossen.